



SP Kanton Bern

13.02.2014 | Medienmitteilung

Unverantwortlicher Abbau trotz genügend Geld

Die Zahlen der Hochrechnung 2013 sind eine Genugtuung für die Berner Regierung und werfen ein schiefes Licht auf die Abbaupolitik der Grossratsmehrheit. Die SP Kanton Bern verlangt, dass der Grosse Rat auf weitere Kürzungen bei Älteren, Kranken und in der Bildung verzichtet.

Die Hochrechnung 2013 bedeutet für den Regierungsrat die Bestätigung einer sorgfältigen Finanzpolitik. Trotz dem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld kann die rot-grüne Regierungsmehrheit einmal mehr eine Neuverschuldung vermeiden. Seit 2006 ist es gelungen die Schulden um mehr als eine Milliarde abzubauen, nachdem bürgerliche Regierungen zuvor eine massive Verschuldung zu verantworten hatten.

Schlecht steht dem gegenüber die Abbaupolitik der bürgerlichen Grossratsmehrheit da. Die neusten Zahlen sind für Menschen, welche unter den Kürzungen in der Psychiatrie, der Volksschule und in der Alterspflege leiden, ein Hohn. Im Grossen Rat wurde um kleinste Beträge gerungen und schwerwiegende Kürzungen wurden durchgesetzt. Ganz abgesehen von den Folgen für die von den Massnahmen Betroffenen, lässt sich der Abbau auch finanzpolitisch nicht rechtfertigen.

Vor diesem Hintergrund verlangt die SP, dass SVP, BDP und FDP endlich Abstand nehmen von weiteren Abbauforderungen auf Kosten der Älteren, Kranken und der Bildung.